



Resolution der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim zur Stärkung der beruflichen Bildung

Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist ein Qualitätsprodukt „Made in Germany“ und zentral für die Fachkräftesicherung der Wirtschaft. Sie muss deshalb weiter gestärkt werden. Ziel muss sein, dass die Prozesse und Inhalte der beruflichen Bildung mit den sich schnell ändernden Anforderungen der Wirtschaft Schritt halten und die duale Berufsausbildung für junge Menschen weiter attraktiv bleibt – zumal mit Blick auf die demografisch kleiner werdenden Absolventenjahrgänge sowie eine zunehmende Heterogenität der Leistungsniveaus der Schülerinnen und Schüler in der beruflichen Bildung.

Die Vollversammlung der IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim wünscht sich die weitere Stärkung der beruflichen Bildung in der Region. Diese mit den beiden Co-Vorsitzenden des Berufsbildungsausschusses unserer IHK (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite) abgestimmte Resolution soll Grundlage für Gespräche mit den Kommunen (Schulträger), dem bildungspolitisch verantwortlichen Land sowie den für die Ausbildungsinhalte zuständigen Sozialpartnern sein.

Konkret empfehlen wir folgende Maßnahmen:

1. Der Lernort „Berufsschule“ muss attraktiv bleiben bzw. werden. Die **bauliche und technische Ausstattung der Berufsbildenden Schulen** muss einem Vergleich mit den Hochschulen standhalten, den Auszubildenden eine attraktive und zeitgemäße Lernumgebung bieten und gleichzeitig den Anforderungen der ausbildenden Wirtschaft entsprechen. Dieser Anspruch muss sich am Ende auch in den kommunalen Haushaltsplanungen wiederfinden. Die geltenden Baustandards sind im Hinblick auf ihre Effizienz und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen und ggf. auf ein sinnvolles Niveau anzupassen.
2. Die **Digitalisierung** der Wirtschaft muss sich in **Lerninhalten und Lernformaten** in der beruflichen Bildung widerspiegeln. Dies setzt eine entsprechende IT-Infrastruktur der Berufsbildenden Schulen voraus und umfasst auch einen professionellen IT-Support. Hinzu kommt die Weiterbildung der Lehrkräfte, damit diese die digitalen Medien effektiv in ihren Unterricht integrieren können.
3. Die **berufliche Bildung muss regelmäßig und systematisch in den Schulausschüssen** der kommunalen Räte und Kreistage behandelt werden. Sie verdient dort den gleichen Stellenwert wie die allgemeine Bildung. Hierzu gehören auch kontinuierliche Gesprächs- und Besuchsformate von Bildungspolitikerinnen und -politikern an Berufsbildenden Schulen.
4. Die **schulische Berufsorientierung muss verbindlich, praxisnah** und unter Einbindung externer Partner – insbesondere der Betriebe und der Industrie- und Handelskammern – umgesetzt werden. Eine fundierte berufliche Orientierung ist dabei eine zentrale Voraussetzung für gelingende Ausbildungsentscheidungen. Der aktuelle Erlass der Niedersächsischen Landesregierung zur Berufsorientierung muss konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden.
5. Auszubildende müssen – wie die Studierenden – einen landesweit gültigen vergünstigten Zugang zum ÖPNV erhalten. Die **Einführung eines Azubi-Tickets** ist ein überfälliger Beitrag zur Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung.

Dies ist insbesondere dann relevant, wenn eine wohnortnahe Beschulung nicht sichergestellt werden kann.

6. Die **Unterrichtsversorgung** an den Berufsbildenden Schulen muss weiter verbessert werden und darf nicht hinter die Ausstattung der allgemeinbildenden Schulen zurückfallen. Es müssen mehr Studiengänge und -plätze für angehende Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen geschaffen werden. Hinzu kommt die Notwendigkeit hinreichender **sachlicher Ressourcen**, über die die Schulen in Eigenverantwortung bürokratiarm entscheiden können sollen.

Unsere IHK betreut in der Region knapp 10.000 Ausbildungsverhältnisse in über 2.500 Ausbildungsbetrieben. 2.600 Prüferinnen und Prüfer engagieren sich ehrenamtlich in den Aus- und Fortbildungsprüfungen unserer IHK. Die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität in der beruflichen Bildung ist ein zentrales Anliegen unserer IHK. Hierzu setzen wir bereits seit 2017 auf durchgängig digitale Prozesse zur Unterstützung von Auszubildenden, Ausbildungsbetrieben und ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfern. Zudem legen wir einen Schwerpunkt auf den kontinuierlichen Ausbau digitaler Prüfungsformate, die wir demnächst in unseren IHK-Prüfungs- und Karrierezentren durchführen werden.

Stand: 24. Juni 2025